

Cübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Das „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags konkret, Sonn- und Festtagen und ist durch die Expedition Johannisstraße 46, kommt durch die Post zu liegen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Zeitung nach dem Ausgabe monatlich 3.00, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Postfach Nr. 826

Die Anzeigenabgabe beträgt für die lebensgepolte Bevölkerung ohne Rauh 60 Dfl., Verhandlungs-, Arbeit- und Wohnungsmietzettel 50 Dfl., gewöhnliche Anzeigen 60 Dfl. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Umfeldes Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 74.

Freitag, den 23. März 1919.

26. Jahr.

Höchstpreise und Gelbwert.

Der lange Krieg hat uns eine gewaltige Teuerung gebracht; unter den Nachwirkungen der Revolution ist sie noch weiter verschärft worden. Die Grundursache liegt in dem immer bedenklicher werdenden Mangel an den drinlichsten Bedarfssortikeln. Es fehlt uns nicht nur an Nahrungsmitteln, sondern auch an Kleidungsstücken, an Schuhwerk, an Leib- und Bettwäsche, an Seife und anderen Reinigungsmitteln; wie an tausend anderen Dingen für den täglichen Gebrauch. Es fehlen uns aber auch die Notstoffe, um sie herzustellen: Wolle, Baumwolle, Leder, Gummi, Fette und Oele usw. Das Angebot ist auf den Nullpunkt gefallen; die Nachfrage steigt von Tag zu Tag, und um so dringlicher, je mehr die letzten Reste der noch aus der Vorkriegszeit stammenden Vorräte durch den Verbrauch dahinschwinden. Um das Wenige, was noch zu kaufen ist, entsteht ein wahrer Wettkampf, bei dem natürlich derjenige Sieger bleibt, der die höchsten Preise zahlt. So sind wir sowohl auf dem Lebensmittelmarkt wie auf anderen Bedarfsgebieten zu Preisen gelangt, die ins Phantastische hineinragen, und zwar nicht nur, wo der Schleichhandel dominiert, sondern auch im legitimen Handel und selbst bei rationierten Lebensmitteln, wobei freilich nicht verkannt werden darf, daß auch hier der Schleichhandel eine böse preistreibende Rolle spielt, indem er einen erheblichen Teil des Verhindernden dem allgemeinen Konsum entzieht.

Bei dieser allgemeinen Preissteigerung ist das Verlangen der Arbeiter und Angestellten nach höheren Löhnen und Gehältern ein ganz natürliches und unabwinkbares. Es gibt für sie kein anderes Mittel, sich der durchbaren Teuerung gegenüber auch nur notdürftig lebensfähig zu erhalten. Und das gelingt selbst bei den höchst gestiegenen Löhnen nicht einmal immer, weil eben gar nicht so viel Ware vorhanden ist, daß alle Ansprüche befriedigt werden könnten, zumal nicht bei Artikeln des Massenverbrauchs. Mit den im Nominalwert erheblich gestiegenen Löhnen wächst aber die Nachfrage sehr stark, und da nicht so viel da ist, daß alle davon bekommen können, so erfolgt die Auslese der Käufer durch weitere Preissteigerungen, die wieder die Minderfasträger abschrecken und nur denen die Waren zugänglich machen, die auch Preise von phantastischer Höhe zahlen können. Das sind natürlich immer nur verhältnismäßig wenige „Ausgewählte“.

Auf diese Weise vollzieht sich auf dem Gebiete der Preisbildung ein verhängnisvoller Kreislauf: Höhere Preise bedingen höhere Löhne; Steigen der Löhne zieht weitere Preissteigerungen nach sich und die Reihe entwidelt sich im gleichen Sinne weiter. Das kann selbstverständlich nicht bis ins Unendliche fortgesetzt werden; denn die unvermeidliche Folge wäre nur eine vollständige Entwertung unseres Geldes. Auch die höchsten Löhne verlieren ihren Wert, wenn Arbeiter und sonstige Verbraucher für das Mehrfache dessen, was ihnen früher zur Besteitung ihrer Lebensnotdurft zur Verfügung stand, nicht einmal des Allerwendigsten kaufen können.

Diese Geldentwertung ist schon für den inneren Verkehr von sehr empfindlicher Wirkung, weil erfahrungsgemäß die Steigerung der Warenpreise sich rascher vollzieht als die der Löhne, zumal in Zeiten so ungeheurer Differenzen zwischen Angebot und Nachfrage, wie sie gegenwärtig bestehen. Trotz aller Steigerungen werden also die Arbeitslöhne immer den gestiegenen Warenpreisen nachhinken. Hinzu kommt, daß es viele Tausende gibt, die nicht in der Lage sind, ihr Einkommen auch nur annähernd der wachsenden Teuerung anzupassen. Dazu gehören Witwen und Waisen, Kranken und Invaliden, die als Erwerbsunfähige auf kleine Renten angewiesen sind. Die Geldentwertung streicht ihnen unmittelbar einen Teil ihres Lebensunterhalts weg. Nehmlich geht es Hunderttausenden kleiner Sparte, die sich für die letzten Lebensjahre einen Notgroschen zurückgelegt haben. Ihr kleines Kapital bleibt zwar nominell dasselbe; aber dessen Realwert, der sich in der Summe dessen, das man dafür kaufen kann, ausdrückt, schrumpft mit der Entwertung des Geldes immer mehr zusammen. Das alles läßt auf die Gestaltung nicht nur der privatwirtschaftlichen, sondern auch der volkswirtschaftlichen Verhältnisse verhängnisvolle Wirkungen aus.

Noch bedenklichere Wirkungen hat aber die weitere Geldentwertung auf unsere wichtigsten Bezirke hinzu. In den Auslanden während des Krieges, die Auszehrung aller im Lande vorhandenen Vorräte, hat uns mehr als je vom Auslande abhängig gemacht. Wir sind nicht nur darauf angewiesen, von dort Lebensmittel und Rohstoffe in großen Mengen zu beziehen, um leben und arbeiten zu können, wir müssen sie infolge der Geldentwertung mit ungemein hohen Preisen bezahlen. Für unser geringwertiges Exportgeld allein gibt uns überhaupt niemand etwas, wie

müssen reelle Leistungen in Form von Erzeugnissen deutscher Arbeit bieten. Dem für uns unentbehrlichen Import müssen wir den entsprechenden Warenexport gegenüberstellen können. Dabei aber muß die deutsche Arbeit mit dem Handel der ganzen Welt in Konkurrenz treten. Ist bei uns infolge der riesigen Teuerung und der entsprechend hohen Arbeitslöhne die Arbeit teuer, so werden wir auf den Auslandsmärkten nicht mit Erfolg konkurrieren können, der Absatz wird nicht im nötigen Umfang erzielt werden können, und damit wird auch die Möglichkeit beschränkt, alles das aus dem Auslande importieren zu können, was wir unbedingt brauchen, um leben und unsere Volkswirtschaft wieder aufzurichten zu können. Auch hier zeigt sich der schlimme Kreislauf.

Da gibt es nun mancherlei Leute, die schnell bei der Hand sind, die Arbeiter dafür verantwortlich zu machen, weil sie zu hohe Lohnansprüche stellen, und man ruft nach dem Abbau der hohen Löhne. Die Leute vergessen, daß am Anfang der verhängnisvollen Preistreiberei, gleich bei Beginn des Krieges, ein rapides Emporschneiden der Warenpreise stand, das nicht durch höhere Löhne irgendwie gerechtfertigt war, dem vielmehr insofern der in den ersten Kriegsmonaten herrschenden Arbeitslosigkeit ein Sinken der Arbeitslöhne zur Seite stand. Wenn also abgebaut werden soll — auch wir sind davon überzeugt, daß es notwendig ist —, dann muß logischerweise bei den Warenpreisen angefangen werden. Aber die Deutschen, die sich über die „übermäßig hohen Löhne“ aufregen, sind meist dieselben, die auch gegen die ihnen so verhaftete „Zwangswirtschaft“ wettern und mit aller Lungenkraft danach schreien, daß man den freien Handel wieder in seine „Rechte“ einzischen soll. Sie verlangen, daß die Preisbildung wieder völlig der Wirkung von Angebot und Nachfrage unterstellt werde. Sie behaupten, daß es dem freien Handel gelingen werde und schon früher gelungen sein würde, Waren aus dem Auslande zu billigeren Preisen ins Land zu bringen, als es durch die Z. G. und andere zentrale Wirtschaftsorganisationen geschehen ist. Das mag in manchen Fällen sogar richtig sein; denn in den zentralen Wirtschaftsorganisationen haben sich einerseits recht bedenkliche bürokratische Geißelungen herausgebildet, während sich dort andererseits allerlei Leute eingesetzt haben, die es nur zu gut verstanden, bei der Geschäftsführung selbst profitable Geschäfte zu machen.

In dieser Richtung muß in der Zwangswirtschaft mit eisernem Eisen ausgefehlt werden. Die jmarianen Geschäftsmacher müssen fort und der bürokratische Aufzug mit einem das Notwendige weit übersteigenden kostspieligen Apparat von Beamten und Angestellten muß vereinacht werden. Über die „Zwangswirtschaft“ begeistigen und die Preisbildung dem freien Handel allein überlassen, das ist in dieser Zeit allgemeiner Not und fast absoluten Mangels an allem Nötigen einfach eine Unmöglichkeit. So lange nicht ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage eingetreten ist; so lange nicht das Angebot der Nachfrage wenigstens einigermaßen entspricht, würde die Freigabe des Verkehrs mit notwendigen Lebensmitteln und Bedarfssortikeln ein noch rapideres Steigen der Preise zur unvermeidlichen Folge haben.

Darum wird nicht nur die Nationierung der wichtigsten Lebensmittel, es werden auch die Höchstpreise wenigstens vorläufig noch nicht zu entbehren sein, und es will uns nicht unbedenklich erscheinen, auch nur verdecktweise für bestimmte Gemüse, Eier usw. die Höchstpreise aufzugeben, wie es angekündigt werden ist. Sie müssen auch innerhalb für die Massen der Verbraucher einen Schutz gegen Übererwerbung bieten. Damit ist aber ihre volkswirtschaftliche Bedeutung noch nicht erschöpft. Die Höchstpreise können und müssen auch als Stütze unserer Geldmittel dienen und somit der weiteren Geldentwertung entgegenwirken. So lange es Höchstpreise für den wichtigsten Lebensbedarf gibt, so lange also für eine bestimmte Geldsumme ein feststehender Warenquantum zu einem bestimmten Wert zu haben ist, so lange wird auch die fragliche Geldsumme den Realwert der Warenmenge haben, die der Höchstpreis ihr im Verhältnis von Geld und Ware gegenüberstellt. Mit dem Wegfall der Höchstpreise würde auch jeder saftliche Maßstab für die Bewertung des Geldes fortfallen, weil es nichts mehr gäbe, das in bestimmter Menge für eine bestimmte Geldsumme zu haben wäre. Das Gold, das in normalen Zeiten der Wertmaßstab war, fehlt jetzt im allgemeinen Verkehr gänzlich. Das an sich wertlose Papiergebäck kann einen dürfsten Erfolg dafür nur bieten, wenn es zwangsweise in einem festen Wert hält, um bestimmten Warenmengen gebracht wird. Diese Warenmengen drücken gewissermaßen seinen Kurzwert aus, der durch die Höchstpreise festgesetzt wird. Ohne Höchstpreise würden die Preise noch rascher steigen, der Geldwert noch tiefer sinken.

Es ist deshalb eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die Höchstpreise zu erhalten und sie leicht möglich zu halten.

zu lassen. Sie werden auch ein Hilfsmittel bei dem Umbau der Preise sein können, der notwendig in nächster Zeit in Angriff genommen werden muß, wenn unsere Volkswirtschaft soll gesunden können und wir auf dem Auslandsmarkt wieder konkurrenzfähig werden sollen.

Nationalversammlung.

Weimar, 27. März 1919.

35. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.
Am Ministerisch: Scheidemann, Schäffer, Graf Brodorff, David, Roste, Gothein, Bell.

Auf der Tagesordnung steht der vierte Nachtrag für 1918. Er enthält die Anforderung für den Reichspräsidenten, sowie für das Reichsarbeitsministerium und das Reichsschulministerium. Er sieht die vorläufige Regelung der laufenden Ausgaben für das Rechnungsjahr 1919 vor.

Reichsfinanzminister Schäffer begründet beide Vorlagen unter Hinweis auf ihren vorläufigen Charakter.

Wg. Schulz (Soz.): Die Hoffnung auf schnellen Frieden hat sich nicht erfüllt. Hierfür wäre die Aufhebung der Hungerblockade ein wesentliches Mittel gewesen als irgend eine militärische Machnahme. Damit wäre zugleich gegen den Bolschewismus ein wichtiger Damm ausgerichtet worden. Solange der Bolschewismus seine Ideen mit geistigen Waffen propagiert, wollen wir ihm mit geistigen Waffen antworten. Gegen Handgranaten-Propaganda muß aber der Staat seine schärfsten Blachmittel anwenden. Das gleiche gilt bezüglich der Gefahren von rechts. Hier heißt es schon den Anfangen entgegenzutreten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist unwürdig, wenn gewissenlose und politisch verhetzte Männer eine Kundgebung des gesamten Volkes und aller Parteien in aushebender und herausfordernder Weise ausnutzen, um erbärmliche politische Geschäfte zu machen. Da heißt es, die Würde des deutschen Volkes wahren, wenn man ein vertretiges politisches Bubenstück verbündet. Dafür sind wir dem Ministerpräsidenten Scheidemann dankbar, nicht als Parteigenossen (Rathen rechts), sondern als Vertreter des parlamentarischen Deutschland. (Beifall bei den Soz.) Aber diese Vorgänge am Sonntag waren nur ein vergleichsweise harmloser Auftakt zu der ausbreienden Rede des Herrn v. Kardorff in der preußischen Landesversammlung, einer Rede, die nichts weiter als die Schimpferhebung der Gegenteilrevolution bedeutet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich spreche nicht von den ehrenhaften Vorfahren, daß sozialistische Agitatoren sich in unehrenhafter Weise an öffentlichen Geldern bereichert hätten. Aber, wenn er weiter sagt: Die Revolution ist das größte Verbrechen, das je am deutschen Volke begangen worden ist (Stürmische Rufe rechts). Sehr richtig! — Lärm und Pfui-Rufe bei den Soz.) Ich frage ihn: weiß er nicht, daß er damit die Gefühle von Millionen Deutschen (Zurufe rechts: Millionen Verbrecher!) — Große Unruhe bei den Soz.) in unerhörter Weise verlegt hat? (Beifall bei den Soz.) Wir Sozialdemokraten hätten gewünscht, daß auch ohne die Gewaltshandlung in einer Revolution freie Bahn geschaffen worden wäre (Hört, hört!). Revolutionen werden nicht gemacht (Widerpruch und Gelächter rechts), Revolutionen kommen wie elementare Ereignisse. Sobald die Revolution einmal da war, gilt und gilt für uns Sozialdemokraten, sie den Interessen des deutschen Volkes dienstbar zu machen. Daran haben wir unablässig gearbeitet seit dem 9. November, und nur wir tonnen es, die Partei des positiven schöpferischen Ausbaues des Sozialismus. (Gelächter und Zurufe rechts: Was haben Sie denn erreicht?) Was haben Sie (nach rechts) denn erreicht als Sie sich in den Novembertagen vor der Revolution zitternd vertröcken? Wir haben versucht zu retten, was noch zu retten war. Wir verzagen auch jetzt nicht und sind der festen Überzeugung, man wird vermaleinst die Revolution preisen als die große breite Pforte für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes. (Beifall bei den Soz.) Leider werden uns immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen, wenn wir zur Ordnung zurückkehren wollen. Einen der schlimmsten hat uns gestern Herr v. Kardorff zwischen die Beine geworfen. Ich warne die Herren unter Ihnen, die etwa Kardorffschen Ideen folgen: wir lassen uns die revolutionären Errungenchaften weder befudeln noch zertrümmern. (Lachende Zustimmung bei den Soz.) Bereiten Sie nicht eine neue Revolution vor. Die erste ist gegründet worden durch den deutschen Sozialismus, ein zweites Mal könnte es anders kommen. (Beifall, Zustimmung bei den Soz.) Ist es wahr, daß deutsche Truppen, wie es der russische Volkskommissar Tschitscherin behauptet, den linken Flügel einer großen Offensive gegen Russland darstellen, die sofort im Auftrage der Entente unternommen sei? Ich beantrage Überweisung des Nachtragsetats an den Auschluß. Wir würden niedrige Mitteilungen darüber, wodurch die hohe Summe von 100 000 Mark monatlich an Aufwandsentschädigung für den Reichspräsidenten notwendig geworden ist. Wir liegen in einer leichteren Gestaltung der Amtsführung des Reichspräsidenten eine dringende Notwendigkeit. (Sehr richtig! links.) Die tatsächlichen Aufwendungen müssen streng getrennt werden von den persönlichen. Bei den Ministergehältern sind eventuelle Abstriche angezeigt. (Sehr richtig! links.) Warum ist das Flugwesen jetzt schon privaten Lustreedereien überlassen worden, während es sich doch ganz besonders zur Sozialisierung eignet? (Sehr richtig! links.) Eine Erhöhung der Alters-, Invaliden- und Unfallrenten ist notwendig. Wir müssen Ordnung schaffen in unseren Finanzen und in unserem deutschen Leben. (Lebhafter Beifall.) Die Behauptung Tschitscherins ist unwohl. An den Kämpfen im Baltikum sind hauptsächlich lettische und litauische Truppen beteiligt. Von deutschen Truppen soll keine Offensivebewegung im Kurland und in Litauen unternommen werden. Es ist eine gewisse Sicherung der deutschen Ostgrenze wird leider noch erforderlich sein. Wir wollen auch mit Russland in guter Nachbarschaft leben.

(Beifall.)

Abg. Mayer-Kausbeuren (D.) bepricht zunächst die Anforderungen für den Reichspräsidenten, verlangt dann eine Sicherung der Reichskanzlei, mit der sofort begonnen werden müsse und erfüllt sich mit dem Gründenden der Rede des Ministerpräsidenten durchaus einverstanden. Jede Unberührbarkeit der Forderungen fällt auf den Sprecher selbst zurück. Redner verweist auf die vom Osten drohende Gefahr des Bolszewismus und fordert rasche und lokale Schaffung der 14 Missionären Punkte. Versuche von rechts und von links, diese unsere klare Stellungnahme zu durchkreuzen, müssen mit Entschiedenheit abgewiesen werden. (Zustimmung bei der Mehrheit. — Widerspruch rechts.) Den Vorsitz in Berlin vom letzten Sonntag hat der Ministerpräsident übergroße Bedeutung beigelegt. (Sehr richtig! bei den Dem. und im Zent.)

Abg. Graf Posa dowsky (D. R.): Die Sozialisierung erhält eine immer weitere kommunistische Auslegung, und die Regierung tritt isoliert kommunistischen Projekten nicht entgegen. Die Bevölkerungsneuerung während des Krieges durch Saarland ist das nicht ebenso rasch werden wie die Kriegsgewinne im engeren Sinne. (Sehr richtig! rechts.) Die Besteuerung darf nicht zur Enteignung werden. Kann der Ministerpräsident sich wundern, wenn sich mancher unter den Verhältnissen der Revolution nach dem Zustand vor der Revolution zurückzieht? (Sehr gut! rechts. — Aufs links: Kriegsgemüth!) Die Revolution hat die Zustände in der Ostmark herbeigeführt. Durch sie hat das Auftreten des deutschen Namens im Auslande sehr gefallen. Wenn Herr Scheidemann noch viele solcher Reden hält wie gestern, so wird die Sehnsucht im Volke nach der Vereinigung trotz aller ihrer Verodestheit noch mehr anwachsen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Regierung solche Erkundigungen, wie die am Sonntag, nicht vertrogen kann, kann ich Ihre Freiheit noch ein Ausdruck für nützlose Masen. (Sehr richtig! rechts.) Der Ministerpräsident sollte seine Tochter nicht gegen rechts, sondern lieber gegen die Arbeiter- und Soldatenräte verwerfen, die ihn am höchsten beleidigt würden. Der Redner gibt denn namens seiner Partei eine schäfe Proletarierklärung gegen die wohlosen Forderungen der Bourgeoisie ab. Sie protestiert weiter rüge gegen, daß der Ministerpräsident durch die Gnädiglichkeit seiner gestraften Anklagungen und durch die Täuschung seiner Ausdrucksweise die dringend notwendige Einigkeit des deutschen Volkes verstört und tiefe Entrüstung in den Herzen von Millionen Deutschen hergerufen habe. (Sehr richtig! und lebhafte Zustimmung rechts.) Die Erklärung läuft dann fort: Deutschlands Zukunft verlangt an der Spitze der Regierung einen Mann, der den Empfindungen der ganzen Nation gerecht zu werden versteht. (Sehr richtig! rechts) Keinen bloßen Parteidreher, der für nationale Regelungen nur sogenannte Verständnis empfindet, als für sich im Rahmen seines Parteidrehs bewegen. (Große Anerkennung und Zurufe links und bei den Soz.: Unser größter Preis!) Wer sind die Millionen, die das wollen? Sie werden gleich noch mehr hören: Die Unabhängigen, die durch den Letzter der Straße die heutige Reichsverordnung mitverschuldet haben, hat der Herr Ministerpräsident jetzt gezeigt, daß er darüber wußte, er sich mit einer unzweckmäßigen Handbewegung gegen die Rechte. Er benutzte dazu den Umsatz, an dem sich Bürger und Arbeiter und auch der Nationalverband deutscher Offiziere am letzten Sonntag beteiligt haben. (Zurufe bei den Soz.: Lüderdorff!) nie würde man im Auslande über Offiziere, die ihr Leben im Kriege und zu Hause zur Sicherung der Ordnung in die Schwere gebracht haben, in so wegwesendem Tone sprechen, wie es jetzt die deutsche Regierung getan hat. — es ist eine vorsätzliche Unterstellung, daß jene Männer für die »ormaligen Auszubildungen einer Partei, einer Kaste und einer Clique« eingetreten sei. Sie haben vielmehr als gleichberechtigte Staatsbürgen von dem Rechte der Freiheit, ihrer Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, das ihnen kein Ministerpräsident in einer freien Republik nehmen darf. (Beifall rechts.) Die Erklärung behauptet weiter, daß das deutsche Volk durch die Revolution um die Hoffnung auf einen gerechten Frieden bestritten worden sei und daß die Zeiten, wie sie heute seien, gegenrevolutionär wirken, nicht reaktionäre Verschwörungen, Komplotten gegen die Regierung würden nur auf der äußersten Linie gekämpft. Von einer Hauptstädterischen Rundgebung und einem beschäftigten Wiederauftreten des deutschen Militarismus könne keine Rede sein. Der Zweck der Anklagungen sei nur lebensunfähiglicher Protest gegen die Beschilderung des Deutschen Reiches gewesen. Das General-Lüderdorff ist „ausfällig“ auf der Straße war (Zuruf bei den Soz.: Nein, zufällig nicht!), oder gar die Orationen öffentlich verbreitet hätten, in eine nachweislich unmöglich Unterstellung. (Lauter Zurufe bei den Soz.: Das glauben Sie doch selber nicht!) Welche Verachtung laden nun vor der ganzen Welt auf Deutschland, wenn ein General, dessen unvergleichliche Fähigkeiten und gewaltige Leistungen im vierjährigen Kriegsdienst an verantwortlicher Stelle standen, um allgemein die Existenz anzurufen mag, von dem Letzteren Minister so geringschätzig und leidenschaftlich behandelt wird, wie wir gehört erleben müssen. Wie halten das mit der Würde einer nationalen Nationalversammlung für unvereinbar. (Beifall rechts.) Das deutsche Volk verbirgt sich den Instruktionen Lüderdorffs! Verantwortender Ministerpräsident bei den Soz. und Zurufe: Welches Volk? Wie können Sie im Namen des deutschen Volkes sprechen wollen? Zum zum Ministerpräsidenten gelangt in Zukunft gestellte Staatsgerichtshof kritisiert die demokratische Erklärung die Unparteilichkeit ob, ob Scheidemann seinen Unterricht mit dem Worten „Kontressort“ schon den Weg vorgezeichnet hat. Sie legt ferner die Regierung an, daß sie das Deutsche Reich verschont und keine militärische und militärische Kraft durch die Revolution zerstören ließ, jedoch ihr aus noch weiteren Protesten nicht ableben. Sie kritisiert mit der Sicherung, daß das deutsche Volk später gerecht entlohnen werde, wo die Reichsmarke und wo die Reichssicherheit liegen. (Reaktioner Beifall rechts.) Personalisch verabscheut der Redner zum Schluss, daß sich die Rechte durch keine Erziehung von dem Wege ihrer politischen Freiheit rechtfertigen lassen. (Reaktioner Beifall rechts.) (Bei Abzug der Post lag der Schluß des Berichtes am Reimann noch nicht vor.)

Zu den Parteidurchhandlungen.

Die deutsche Delegation, die nach Berlin geht, wird mit wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen beauftragt. Es scheint, daß der neue Verteilung die bisher in der Presse bekanntgegebenen waghalsigen Forderungen nicht zu den letzten malen sind. Biloxi und Chod-Sérges haben Clemenceau überzeugt, daß durch überparteiliche Forderungen in Deutschland eine Lage geschaffen werde, die dem bolszewistischen Gedanken neuen Antrieb verleihe und ein Unterstützer der Bewegung auf Westeuropa begründete. Bei den letzten Sitzungen wurde der Grundriss aufgeschaut, daß man der von Osten kommenden sozialdemokratischen Welle nur dann einen starken Damm entgegenlegen könnte, wenn es gelinge, den militärischen Aufbau Deutschlands zu fördern und zu stärken. Die hier lebenden Staatsmänner seien beispielhaft beispiellos, Deutschland die Rückkehr zu sozialen Verhältnissen nach Möglichkeit zu erleichtern und durch bindende Vereinbarungen über die Lieferung von Rohstoffen, sowie über die Ausfahrt deutscher Industriewaren eine Gewinnung des Wirtschaftslebens in die Wege zu leiten. Umtriebiger als Ankunft der benötigten Überbringung ist zu den Verhandlungen begonnen werden, die in einem anderen Geist geführt werden sollen als die bis jetzt verhandelten in Triest, Spez und Brüssel. Die Einigung der Entente an die deutsche Regierung, insbesondere Paris, zu entlocken, gilt als Wendepunkt in den Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat Muskrat verlangt, ob es war sei, daß Vond George und Pichon erklärt hätten, Deutschland müsse den Friedensvertrag entweder annehmen oder ablehnen, verhandelt werden nicht. Darauf hat Koch geantwortet: Die Herren Vond George und Pichon haben niemals die Erklärungen abgegeben, die Ihnen zugedacht worden sind und die die Anfrage veranlaßt haben, die am 19. März vom Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission gestellt worden ist.

Truppen, die für Kunden bestimmt sind, eingetroffen. In den nächsten Tagen werden noch größere Transporte von Ententekolonialtruppen erwartet, die zusammen mit der männlichen Armee den Kampf gegen den Bolszewismus annehmen sollen.

Frankreich.

Äußerliche Kammerdebatte. In der französischen Kammer kam es zu neuen erregten Szenen, die durch die Rede des Sozialistenfürs Marcel Cachin hervorgerufen wurden. Cachin bejahte sich mit den Zuständen in Russland und Deutschland und erklärte, daß die Ausbreitung der Revolution auf Frankreich nur durch eine schnelle Sozialisierung verhindert werden könnte.

Der 8-Stunden-Zug. Der Centralrat der französischen Arbeiterverbände beschloß sich erneut mit der Festlegung des 8-Stundentages und erklärte sich einstimmig für die industrielle Koalition, wie sie schon in England bei den Industriearbeitern organisiert ist. Die Abordneten der Eisenbahner drohten für den Fall der Nichterfüllung der Forderungen mit einem Generalstreik.

England.

Annahme der Dienstpflichtibill. Die Dienstpflichtibill wurde ohne Verbesserungsvorschläge im Unterhaus angenommen. Der Vorschlag, das Inkrafttreten der Vorlage schon auf den 31. Dezember 1919 statt auf den 30. April 1920 festzulegen, wurde mit 262 gegen 70 Stimmen verworfen. Ein weitere Verbesserungsvorschlag, die Pflicht zum Dienst in Russland auszuweichen, wurde mit 242 gegen 48 Stimmen ebenfalls verworfen. Churchill sagte, den Verbesserungsvorschlag ablehnend, daß die Regierung nicht beabsichtige, ein großes Heer Dienstpflichtiger nach Russland zu senden. Die Frage der russischen Polizei gehe nicht die britische Regierung, sondern den Völkerbund oder den Bund der freien Nationen an. Diese müsse sie behandeln.

Der Bericht der Industrie-Konferenz des im Februar erkannten Ausdusses, der die Ursachen der unruhigen Situation der Arbeiter und die Fragen der Arbeitszeit und Löhne zu untersuchen hatte, wird der Konferenz, die am 4. April zusammentritt, vorgelegt. Er schlägt die Errichtung eines Industrieraats vor und empfiehlt u. a. die gesetzliche Höchstarbeitswoche von 48 Stunden und gelegentliche Mittwochslöhne. Die Vertreter der Arbeitgeber und Gewerkschaften sollen als zuständige Sprechorgane ihrer Mitglieder anerkannt werden.

Einstieg mit den Werstarbeitern. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Werstarbeiterkonferenz beschlossen hat, ihren Mitgliedern die Annahme des Berichtes des Präsidenten des Kohlenkomitees und Abstimmung unter den Arbeitern über diese Frage zu empfehlen.

Agypten.

Die Ursachen des Aufstandes. Über die Ursachen der rückgängig zunehmenden Aufstandsbewegung in Agypten sagt eine Meldung aus Alexandria: Es wurde eine Petition mit 2 Millionen Unterschriften eingerichtet, worin die Einberufung einer ägyptischen Nationalversammlung und die Entwicklung einer Friedensdelegation nach Paris gefordert, jedoch von der britischen Regierung abgelehnt wurde.

Kleine politische Nachrichten.

Die Nachricht, daß durch das Amtssmidirektorium des Schweizer Bundespräsidenten an den Reichspräsidenten Ebert eine Anerkennung der deutschen Regierung durch die Schweiz erfolgt sei, ist unrichtig.

Eine große Versammlung der Berliner Schuhleute verlangt einstimmig die Abberufung des Kommandeurs der Schuhmannschaft, Oberst Fröhlich, weil er daran arbeite, die Schuhmannschaft durch Militärruppen zu erlegen.

Wirtschaftliches.

7½-Stunden-Schicht im Ruhrrevier.

Wischen dem Zechenverband und den vier großen Bergarbeiterverbänden ist folgendes Abkommen getroffen worden: Die anwesenden Mitglieder des Zechenverbandes werden dafür eintreten, daß vom 1. April 1919 ab an Stelle der 8-Stunden-Schicht, die seit Jahren verjährt war, die 7½-Stunden-Schicht für die unterirdische Bergarbeit eingeführt wird, und zwar unter entsprechender Regulierung der Gehaltsähnlichkeit, so daß diese ebenso wie die Schichtlöhne wegen der Schichtverkürzung keinen Rückgang erfahren. Die 7½-Stunden-Schicht ist ja zu verstehen, daß für jeden einzelnen Arbeiter die Schichtzeit vom Betreten des Förderkorbes bei der Einsicht bis zu dessen Verlassen bei der Aussicht 7½ Stunden beträgt. Der Vertreter der Bergarbeiterverbände werden ihres ganzen Einflusses geltend machen, daß diese Vereinbarung an allen Zechen des Bezirks innegehalten und von den erzielten weitergehenden Schichtverkürzungen Abschied genommen wird, und daß etwaige weitere Schichtverkürzungen von internationalen Abmachungen abhängig gemacht werden.

Der Bergarbeiteraufstand im Ruhrrevier hat sich weiter ausgedehnt. Im Ausland befinden sich gestern rund 23 200 Bergarbeiter von 25 Schachtanlagen.

In Witten und Aachen streiken 15 000 Arbeiter, die Absetzung des Polizeipräsidenten und die Zurückziehung der Sicherheitsmehrten verlangen. Dagegen haben sämtliche Parcours der Stadt Wuppertal an der Ruhr mit Zustimmung der Unabhängigen in einem Telegramm an Roske für die Hinwendung der Regierungstruppen den Dank ausgesprochen und dringend gebeten, sie dort zu belassen.

Ein Sozialisierungsort in Sachsen.

Das sächsische Gesamtministerium hat das Wirtschaftsministerium beauftragt, eine Vorlage über Errichtung eines Sozialisierungsrats auszuarbeiten. Der Wirtschaftsminister soll sich mit dem Arbeitsminister und mit den Gewerkschaften aller Richtungen über die Ausbildung von Arbeitern für die Aufgaben der Arbeiterschaft und Betriebsräte ins Benehmen treten.

Ernährungsfragen.

Die Verteilung der Auslandslebensmittel.

Begrüßt der aus dem Auslande hereinkommenden Lebensmittel herrschte vielfach Unklarheit darüber, die ebenso zu übertriebenen Hoffnungen auf eine Besserung der Ernährungslage, wie zu Befürchtungen über die gerechte Verteilung der eingekauften Mengen Anlaß gibt. Demgegenüber wird von maßgebender Stelle darauf hingewiesen, daß die Auslandslebensmittel ausschließlich der Bewirtschaftung durch die Behörden zugeführt und innerhalb des bestehenden Versorgungsplanes an die nördl. Gebiete (I) geleitet werden. Sie

Clemenceau hatte mit Foch eine Unterredung über die Lage in Ungarn. Als Ergebnis dieser Konferenz wurden in Maricq telegraphisch 9 Dampfer geschickt zum Transport von Kolonialtruppen nach Ungarn. Außerdem wechselte Clemenceau mit Rom zahlreiche Depeschen, aus denen zu entnehmen war, daß Italien zur Hilfeleistung gegen Ungarn einzutreten würde. Italien habe aber wegen der eigenen innerpolitischen Lage die nötige Unterstützung nicht gewähren können.

Das „Nere Wiener Journal“ weist bei in Konstantinopel ein Transport von 50 000 Meilen französischer Kolonial-

werden in erster Linie zur Aufrechterhaltung der bisherigen Nationen benötigt. Ohne die Auslandsleistungen hätten diese, wie vor dem Lebensmittelkrisen betont worden ist, nicht aufrecht erhalten werden können.

Bei voller Lieferung der in Aussicht gestellten Mengen ist zu hoffen, daß allmählich auch eine Erleichterung der Ernährungslage durch Ausgabe von Zulagen erzielt werden kann. Sicherungen in dieser Hinsicht können so lange nicht gegeben werden, wie die Höhe der Sendungen noch nicht zu übersehen ist. Selbstverständlich würden auch die Mengen, die sich nach Sicherstellung der gegenwärtigen Nationen jeweils als Überfluss ergeben, der öffentlichen Wirtschaft zu unterliegen und innerhalb des Kostensystems durch die Kommunenverbände verteilt werden.

Das Elberfeld und den Nachbargebieten.

Freitag, 28. März.

Der Bürgerausschuss erteilte in seiner Sitzung am Mittwoch die Mitgenehmigung zur Bewilligung von 40.000 M. für die Errichtung von Wohnungen in leerstehenden Räumen, von 20.000 M. zur Anstellung einer dritten Gesundheitswache, von 60.000 M. zur Errichtung von weiteren Geschäftsräumen im Bauamt, Ankauf von Landflächen in Kreuzel-dorf für die Erweiterung des Flughafens, Verkauf von Landflächen, die Bewilligung einer Beihilfe von 3000 M. an den Verein für Ferienkolonien, Bewilligung von 2000 M. zur Auflassung von Schranken im Staatsarchiv. Der Mitgenhmung durch die Bürgerschaft empfohlen wurden die Anträge des Senates betr. Herstellung eines Haupthofs in der Vogelburger Allee, wofür 500.000 M. gefordert werden, Bewilligung von 78.800 M. zum Einbau von Kleinwohnungen in den Rückenräumen der alten Feueranstalt 25.000 M. zur Errichtung eines Saals in Schulung, Enteignung von Grundstücken für die Herstellung einer Gleisverbindung zwischen der Schulauer Linie und dem Konstablerhof. An Kommissionen verzeichnet wurden die Anträge der Grabau von Unterwindelsböhmen in die Herzogtum der Oberlausitz und bei Gründungsversammlung für die Gleisverbindung zwischen der Schulauer Linie und dem Konstablerhof. — Die Firma Grün u. Söllinger hat im Jahre 1916 den größten Teil der Gebäude an der Herstellung eines Teiles des Vorwerker Industriegeländes und des geplanten Industriehafen übernommen, wofür 875.000 M. bewilligt worden waren. Der Firma, welche die Arbeiten nun zu beenden hat, ist dabei ein Schaden entstanden, den sie auf 500.000 Mark berechnet. Der Bürgerausschuss empfiehlt zur Mitgenhmung der Bürgerschaft, daß der Firma 161.000 M. nachbewilligt werden. Weiter empfiehlt der Bürgerausschuss einen Nachtrag zum Einkommensteuergesetz zur Mitgenhmung der Bürgerschaft, nach welchem vom Kriegsteilnehmern an den Feldzügen 1870-71 sowie von Kriegsbeschädigten aus dem Kriege 1914-18, sofern sie mit einem Einkommen von nicht mehr als 2000 M. veranlagt sind, Einkommenssteuer nicht erhoben werden soll.

Jahpreisermäßigung für Kriegsverletzte aus der Straßenbahn. Folgendes Senatsdecreta beschäftigte Mittwoch den Bürgerausschuss: Der Elberfelder Landesausschuss für Kriegsverletzte hat der Straßenbahn die Bitte entgegengeschaut, daß bedürftigen Kriegsverletzten, die zu und von ihrer Arbeitsstätte auf die Benutzung der Straßenbahn angewiesen sind, eine erhebliche Fahrpreiserhöhung zugestanden werde. Diese Vergünstigung soll nur Benutzer, Gehämmerten, Blinden, unter Umständen auch an innerer Krankheit Leidenden gewährt werden unter der Bedingung, daß ihr steuerpflichtiges Einkommen den Betrag von 2500 M. nicht überschreite. Der Landesausschuss hat sich erdet, in einem Fall eine genaue Prüfung vorzunehmen darüber, ob die Voraussetzungen der Fahrpreiserhöhung vorliegen und den betreffenden Personen einen Ausweis ihrer Berechtigung auszustellen. Nach seiner Schwärzung werden etwa 300 Kriegsverletzte in Betracht kommen. Die Straßenbahndirektion hat berichtet, daß sich die gewünschte Fahrpreiserhöhung am zweckmäßigsten in der Weise ausführen lasse, daß sie dem Landesausschuss Bündelscheine zur Verfügung stelle, die dieser den Kriegsverletzten zugleich mit dem Berechtigungsschein aushändige. Bei viermal täglicher Benutzung nur der Straßenbahn und einer Fahrtpreiserhöhung von 50 v. D. müßten Bündelscheine bis zum Vertrage von 60.000 M. ausgegeben werden, wodurch ein Entnahmeverfall von 25.000 bis 30.000 M. entstehen würde. Mit diesem Vorschlag ihrer Ableitung ist die Behörde grundlegend einverstanden; sie hält sich jedoch nicht verpflichtet, so weitgehende Fahrpreiserhöhungen, die auf den Ertrag des Unternehmens nicht ohne Einfluß bleiben könnten, ohne verfassungsmäßige Genehmigung zu bewilligen. Der Senat erachtet es für gerechtfertigt, denjenigen, die im Dienste des Vaterlandes eine ehrliche Lohnung ihrer Gesundheit erlitten haben und in ihrer Erwerbstätigkeit so beschädigt sind, daß sie zu einem höheren Einkommen als 2500 M. erreichen, die beantragte Erleichterung zu Teil werden zu lassen. Er beabsichtigt, einen entsprechenden Antrag zur Mitgenhmung der Bürgerschaft zu stellen. Der Bürgerausschuss erklärt sich grundsätzlich für die Mitgenhmung des Senatsantrages durch die Bürgerschaft.

Zum Ende des Angestelltenstreits ist noch zu berichten, daß der neue Tarifvertrag vorerst für ein Vierteljahr Geltung haben soll. Nicht ganz klar ist der Begriff „Werkmeister“ definiert; eine Kommission wird das noch befreien. Werkmeister sollen nur solche sein, die in Wirklichkeit einem Betrieb vorstehen. Als Obermeister gelten Personen, die große Betriebe leiten, mindestens zwei Werkmeister unter sich haben. Nicht im Tarif benannte Betriebe sollen ausgleichende Zugaben durch Vereinbarungen erhalten. Für die Angestellten sind unter dem Grundtarif Alterszulagen vorgesehen und zwar nach achtjähriger Tätigkeit von 10 Prozent und nach zwölfjähriger Tätigkeit von 15 Prozent zum Grundentlohn. Werden vom Arbeitgeber in der Woche mehr als vier Überstunden verlangt, so ist eine Vergütung hierfür zu gewähren und zwar in Höhe von einzuweihundertstel des Monatsgehaltes. Angeleitete in gehobenen Berufsstellungen haben aber keinen Anspruch auf Überstundenvergütung. Die Arbeitszeit beträgt 45 Stunden pro Woche. Auch die geforderten Mindestzeugezeiten sind bemüht worden. Jeder Angestellte erhält alle zwei Jahre über Tätigkeit und Führung einzeugnis. Der Tarifvertrag wird in entsprechender Anzahl gedruckt jedem Betriebe zugehen. Lehrlinge erhalten eine Aufwandsentschädigung von 40 Mark im ersten Jahre, 60 Mark im zweiten und 80 Mark im dritten Lehrjahr. Wettungsverschiedenheiten werden in der Tarifgemeinschaft unter Zeitung eines importierten Vorstandes geklärt. Das Arbeitssamt soll um Stellung dieses Vorstandes einrichten werden. Wenn der Tarif nicht gefündigt wird, gilt er am 30. Juni d. J. als am drei Monaten verlängert. Mahnzulagen und Gehaltsabholungen dürfen aus Anlaß des Streites nicht erfolgen.

Höhere Brotpreise bei verdoppeltem Bruttogewicht. Allmählich wird bekannt gemacht: Vom Sonnabend, dem 29. März ab darf das Einheitsbrot nur noch in Stücken von 180 Gramm und 200 Gramm gebrochen werden. Die Preise betragen für das 180-Gramm-Brot 1.10 M., für das 200-Gramm-Brot 50 Pf. Wie wir erfahren, ist diese Brotpreiseerhöhung die Folge der notwendigen Kostenerhöhung besonders teurer Backmaterialien sowie der steigenden Löhne des in den Bäckereien beschäftigten Personals und Militärenten. Die besondere Zusätzlicheinlösung bei Militärenten (R) und Unterbleibenden (H) Bezug kommt von der Aprilzahlung (am 29. März) ab in Wegfall. Renten und Zusätzlicheinlösung durch eine Summe zu quantifizieren, und zwar in hier der Börsen für die eigentliche Rente (R) oder H zu denken.

Die Bestimmungen über den Bruttogewicht zwischen dem unbedienten Deutschland und der französischen Bevölkerung sind auf das gehäuse zu beachten. Der Verhandlungsausschuss der französischen Kontrollkommission in Paris hat mit der Besetzung

der Empfänger von Briefen privaten, nicht gewerblichen Inhalts, Zeitungen und Posten, deren Verlauf aus dem unbekanten Deutschland nach dem französischen Besitzungsgebiet verboten ist, pedro.

Die Zugverbindung zwischen Elberfeld und Berlin war in der letzten Zeit besonders ungünstig. Dazu verkehrt überhaupt nicht mehr auch nicht auf der Strecke Berlin-Hamburg, die fast nie hauptsächlich in Betracht kommt. Fast ist die Wiedereinführung von D-Zügen zwischen Berlin und Hamburg-Altona verkehren und zwar ab Berlin D-Züge zwischen Berlin und Hamburg-Altona abends, am Abend 8.30 abends, am Abend 8.15 morgens, ab Hamburg-Süd, 8.37 morgens, am Berlin 1.40 nachmittags.

Zu den Bischöflichen, deren Verlauf zwischen dem britischen Bischöflichen und dem deutschen Rheinlande und unbekannten Deutschland in Druckschriften und in Posten erlaubt ist, gehören, wie uns die Senatskanzlei mitteilt, auch Noten und Musiken.

Hamburg. An einem amerikanischen Leben. Der zweite amerikanische Lebensmittelcampf "Pole Polare" ist am Sonnabend abend um 9.30 Uhr an die Stadt gekommen. Er führt 2000 Tonnen Mehl und geringe Mengen Getreide an Bord und geht nach dem O-Swald-Kai ab wo er bald verladen soll. Der etwas später von dort abgegangene amerikanische Campf "Pole Schmidt", der die gleiche Ladung überbringt, wird morgen hier erwartet.

Schleswig. Der Abstimmung am Sonnabend für Schleswig. An präsidialer Sitzung erfahren die P. P. M.: Es ist angenommen, daß sich die dänischen Ansprüche auf Schleswig etwa in folgender Linie bewegen werden: 1. Abstimmung über die Zuordnung zu Deutschland oder Dänemark in Nordschleswig, einem ganzen Gebiete; in Mittelschleswig und in der Stadt Altona gemeinsam Abstimmung; 2. Entfernung aller deutschen Garnisonen aus den für die Abstimmung in Frage kommenden Bezirken und Kontrolle der Abstimmung durch eine Kommission, bestehend aus Angehörigen unbetätigter Staaten; 3. Stimrecht für alle seit zehn Jahren Anflossenen, sowie für Ausgewanderte und aus der Gesamtenschaft zurückgekehrte. Demgegenüber sind von deutscher Seite Leistungen aufgestellt worden, die ebenfalls auch vom Provinziallandtag Schleswig-Holstein und von dem deutschen Konsulat, von denen vor allem die Vertreter vertreten wird, das nicht nur in Mittelschleswig sondern auch in Nordschleswig gemeinsame Abstimmung an Stelle der Gesamtabstimmung stattfinden und für die Abstimmung eine 2/3-Mehrheit erforderlich sein soll. Ein bestimmter Termin für die Abstimmung ist noch nicht festgestellt, da aber die bilden soll, so wird man annehmen können, daß die Abstimmung bald nach dem Abschluß des Friedensvertrags erfolgen wird. Wie das Ergebnis aussagen wird, läßt sich noch statthaften Rahmen allein nicht berechnen. In der heutigen Zeit spielen politische Motive mit, die schwer in Rechnung zu stellen sind. Wird die Abstimmung nach einem gerechten, vernünftigen Verfahren, etwa auf Grund des Verhältnismäßigkeitsprinzips, so kann die deutsche Regierung

Befreiungszustand in den Nachbarländern.

London, 28. März. Reuter meldet: Über die Stärke und Mächtigkeit ist der Befreiungszustand verhängt, um die Verbreitung des Bolschewismus durch Chinesen, die aus Russland zurückkehren, zu bekämpfen.

Englische Ansicht über die militärische Lage. London, 28. März. Reuter erfährt über die militärische Lage, daß sich in Ungarn in militärischer Hinsicht nichts ereignet habe. Es werde gemeldet, daß die ungarische Regierung den bolschewistischen Krieg an Serbien an andere Nachbarländer erklärt. Die alliierten Streitkräfte dürften jedoch, wenn keine unvorhergesehene Ereignisse eintreten, der neuen Lage gewachsen sein. Es sei anzunehmen, daß das Vordringen der Bolschewisten aus der Ukraine und Südwesten mit großen Schwierigkeiten kämpfen müßte, bis über die Karpaten und am oberen Donau in Ungarn ein dringen zu können.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernahm die Redaktion der "Wahlblatt" gegenüber letzterer Verantwortung.)

Die zufriedigste Wahl des Senates. hat nun auch den Bürgerausschuss beschäftigt und die handfesten Schlüsse sind im "Volksboten" veröffentlicht worden. Dabei wurde die Bemerkung angeknüpft, daß durch diese Befreiung eine Wiederherstellung des künftigen Volkes entspricht. Unter diese Bemerkung möchte ich denn doch ein großes Fragezeichen machen, denn wenn diese Befreiung vielleicht auch etwas dann tatsächlich sein mögen, so ist es doch nicht so seineswegs. Ganz abgesehen davon, daß die vorgeschlagene Zahl von 14 Senatoren für unser kleines Staatswesen eine viel zu hohe ist (7 bis 8 Senator wären m. E. völlig genug), was ja auch von anderen Genossen früher schon öfter betont wurde, entspricht die Abgeordneten auf 6 resp. 12 Jahre den sozialdemokratischen Forderungen in keiner Weise. Ich kann mich dabei auf die Grundidee und Forderungen der Sozialdemokratie im Erfurter Programm beziehen, die von Raetsky und Schönbeck erläutert sind. Dort heißt es sehr richtig: "Welche Bedeutung es ist für die Wähler, daß der Abgeordnete nach Ablauf eines längeren Zeiträumes wieder wählt, ist von neuem einer Wahl zu unterziehen, liegt auf der Hand. So können die Abgeordneten eine klare und eindeutige Ansicht über ihren Vertreter haben, sein Verantwortungsbereich wird gesichert, die Möglichkeit, einen unzureichenden Abgeordneten rascher zur Rechenschaft zu ziehen und an seine Stelle einen vertrauenswürdigen zu setzen, ist dadurch erhöht. Was für den einzelnen Abgeordneten gilt erst recht für die gesetzgebende Räte, in ihrer Gesamtheit. Solang die Wahl, welche ihm gestellt ist, desto näher liegt die Gefahr eines Missbrauchs der Vollmachten, eines Schändens, der statt ehrlicher Tätigkeit und frischen Leidens die Schändung und die geschäftsmäßige Geschäftlichkeit zur Herrschaft bringt. Die Wahl ist auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so können die Abgeordneten eine klare und eindeutige Ansicht über ihren Vertreter haben, sein Verantwortungsbereich wird gesichert, die Möglichkeit, einen unzureichenden Abgeordneten rascher zur Rechenschaft zu ziehen und an seine Stelle einen vertrauenswürdigen zu setzen, ist dadurch erhöht. Was für den einzelnen Abgeordneten gilt erst recht für die gesetzgebende Räte, in ihrer Gesamtheit. Solang die Wahl, welche ihm gestellt ist, desto näher liegt die Gefahr eines Missbrauchs der Vollmachten, eines Schändens, der statt ehrlicher Tätigkeit und frischen Leidens die Schändung und die geschäftsmäßige Geschäftlichkeit zur Herrschaft bringt. Die Wahl ist auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so müssen im Plenum auch danach handeln werden. Forderungen, die wir aber voll anerkennen, müssen auch unabdingbar durchgeführt werden, denn andernfalls würde ja unser gesamtes Parteioprogramm nur auf dem Papier stehen! Hier heißt es ferner bestimmt: "Geben kann ich nicht verhehlen, weshalb denn die Senatorien der Bürgerstadt gewählt werden sollen. Auch hier steht in unserem Parteioprogramm klar und deutlich: "Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftungsfähigkeit. Die Behörden sind auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so müssen im Plenum auch danach handeln werden. Forderungen, die wir aber voll anerkennen, müssen auch unabdingbar durchgeführt werden, denn andernfalls würde ja unser gesamtes Parteioprogramm nur auf dem Papier stehen! Hier heißt es ferner bestimmt: "Geben kann ich nicht verhehlen, weshalb denn die Senatorien der Bürgerstadt gewählt werden sollen. Auch hier steht in unserem Parteioprogramm klar und deutlich: "Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftungsfähigkeit. Die Behörden sind auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so müssen im Plenum auch danach handeln werden. Forderungen, die wir aber voll anerkennen, müssen auch unabdingbar durchgeführt werden, denn andernfalls würde ja unser gesamtes Parteioprogramm nur auf dem Papier stehen! Hier heißt es ferner bestimmt: "Geben kann ich nicht verhehlen, weshalb denn die Senatorien der Bürgerstadt gewählt werden sollen. Auch hier steht in unserem Parteioprogramm klar und deutlich: "Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftungsfähigkeit. Die Behörden sind auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so müssen im Plenum auch danach handeln werden. Forderungen, die wir aber voll anerkennen, müssen auch unabdingbar durchgeführt werden, denn andernfalls würde ja unser gesamtes Parteioprogramm nur auf dem Papier stehen! Hier heißt es ferner bestimmt: "Geben kann ich nicht verhehlen, weshalb denn die Senatorien der Bürgerstadt gewählt werden sollen. Auch hier steht in unserem Parteioprogramm klar und deutlich: "Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftungsfähigkeit. Die Behörden sind auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so müssen im Plenum auch danach handeln werden. Forderungen, die wir aber voll anerkennen, müssen auch unabdingbar durchgeführt werden, denn andernfalls würde ja unser gesamtes Parteioprogramm nur auf dem Papier stehen! Hier heißt es ferner bestimmt: "Geben kann ich nicht verhehlen, weshalb denn die Senatorien der Bürgerstadt gewählt werden sollen. Auch hier steht in unserem Parteioprogramm klar und deutlich: "Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftungsfähigkeit. Die Behörden sind auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so müssen im Plenum auch danach handeln werden. Forderungen, die wir aber voll anerkennen, müssen auch unabdingbar durchgeführt werden, denn andernfalls würde ja unser gesamtes Parteioprogramm nur auf dem Papier stehen! Hier heißt es ferner bestimmt: "Geben kann ich nicht verhehlen, weshalb denn die Senatorien der Bürgerstadt gewählt werden sollen. Auch hier steht in unserem Parteioprogramm klar und deutlich: "Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftungsfähigkeit. Die Behörden sind auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so müssen im Plenum auch danach handeln werden. Forderungen, die wir aber voll anerkennen, müssen auch unabdingbar durchgeführt werden, denn andernfalls würde ja unser gesamtes Parteioprogramm nur auf dem Papier stehen! Hier heißt es ferner bestimmt: "Geben kann ich nicht verhehlen, weshalb denn die Senatorien der Bürgerstadt gewählt werden sollen. Auch hier steht in unserem Parteioprogramm klar und deutlich: "Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftungsfähigkeit. Die Behörden sind auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so müssen im Plenum auch danach handeln werden. Forderungen, die wir aber voll anerkennen, müssen auch unabdingbar durchgeführt werden, denn andernfalls würde ja unser gesamtes Parteioprogramm nur auf dem Papier stehen! Hier heißt es ferner bestimmt: "Geben kann ich nicht verhehlen, weshalb denn die Senatorien der Bürgerstadt gewählt werden sollen. Auch hier steht in unserem Parteioprogramm klar und deutlich: "Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftungsfähigkeit. Die Behörden sind auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so müssen im Plenum auch danach handeln werden. Forderungen, die wir aber voll anerkennen, müssen auch unabdingbar durchgeführt werden, denn andernfalls würde ja unser gesamtes Parteioprogramm nur auf dem Papier stehen! Hier heißt es ferner bestimmt: "Geben kann ich nicht verhehlen, weshalb denn die Senatorien der Bürgerstadt gewählt werden sollen. Auch hier steht in unserem Parteioprogramm klar und deutlich: "Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftungsfähigkeit. Die Behörden sind auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so müssen im Plenum auch danach handeln werden. Forderungen, die wir aber voll anerkennen, müssen auch unabdingbar durchgeführt werden, denn andernfalls würde ja unser gesamtes Parteioprogramm nur auf dem Papier stehen! Hier heißt es ferner bestimmt: "Geben kann ich nicht verhehlen, weshalb denn die Senatorien der Bürgerstadt gewählt werden sollen. Auch hier steht in unserem Parteioprogramm klar und deutlich: "Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftungsfähigkeit. Die Behörden sind auf die von der Wählerchaft durch den Stimmzettel geübte Beurteilung ist um so größer und wirkungsvoller, je kürzer die Gültigkeitsdauer der Abgeordneten ist. Eine erheiternde Wahrheit, die sagen wir fünf Jahre, ungestört wirtschaften kann, ohne den Einspruch des Parteiausschusses durchsetzen zu müssen, rückt mehr und mehr in die Nähe und so der Wählerhaft die Gelegenheit geboten wird, mit ihr abzurechnen und sie zu besiegen." Das ist klar, so müssen im Plenum auch danach handeln werden. Forderungen, die wir aber voll anerkennen, müssen auch unabdingbar durchgeführt werden, denn andernfalls würde ja unser gesamtes Parteioprogramm nur auf dem Papier stehen! Hier heißt es ferner bestimmt: "Geben kann ich nicht verhehlen, weshalb denn die Senatorien der Bürgerstadt gewählt werden sollen. Auch hier steht in unserem Parteioprogramm klar und deutlich: "Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwort

öffentl. Volksversammlung

in Seeretz
Sonnabend, dem 29. März,
abends 7½ Uhr,
Locale des Herrn Sabalowski.
Seereb.
Tagesordnung:
Die Gemeinderatswahl.

Sonntag nachm. 3 Uhr:
versammlung

in
Ratetur
im Lokale des Herrn Balk.
Tagesordnung:
Die Gemeinderatswahl.
Referent in beiden Versammlungen: Genosse Reiche, Sammeng. (11254)
Der Einherter.

Kaufgarten

ohne Karten bei
C. Grimm Nachfl.,
Leber- u. Schäfchendienst.
11257

Einer geehrten Rundschaft vor
Wahl zur Kenntnis, daß ich das
Kolonialwaren-Geschäft von
Herrn O. Schweim z. 1. April
kauflich übernehme und bitte
durch gütigst unterschünen zu
wollen.

Auch bitte ich um Aufnahme
in die Kundenliste.

Hochachtungsvoll

Bermann Kirsch.

Das von mir bisher in
Bülowstr. 10 geführte Wein-
und Kurzwarengeschäft befindet
sich in demselben Hause und
bitte mich auch ferner berücksichtigen zu wollen.

(11249) Hochachtungsvoll

Dora Kirsch.

Konfektionsgeschäfte:
Taschengeschenke
Schmucktaschen
Silberwaren
Verlobungsringe
Willi Westfälischer
32 Holstenstr. 13
11214) Reparaturwerkstatt.
Gold- und Silber kaufe oder
nehme in Zahlung.

HANSA-HALLE.

Einladung zum

BALL

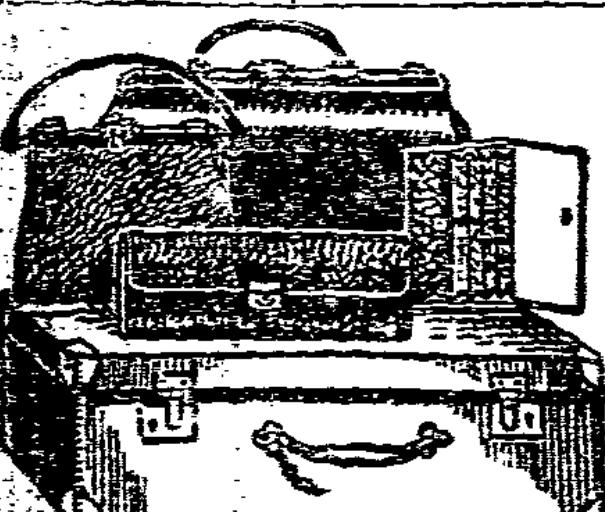
der Krempelsdorfer freiwilligen Feuerwehr
am Sonnabend, dem 29. März
Anfang 6 Uhr. (11222) Damen 1 Mk., Herren 1.50 Mk.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, 29. März, abends 6 Uhr. (11222)

BALL.

Zentralverband der Glaser. Ortsgruppe Lübeck.



Konfirmations-Geschenke

echten Lederwaren
kauft man
am billigsten in der
Lederwarenfabrik
F. Fränkel
Breitestraße 54.

ca. 500 Wagen la. Brennstorff
zum Wiederbeschaffung
bitte um färmliche Anfrage.
Max Fischer, Schüsselbuden 1.

Bitte um Aufnahme in die Kundenliste
für Fleisch. (11224)

Hermann Lamer, Bahnhofstraße 8.

Drucksachen aller Art

fertigt an

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Ein Doppel-waggon

Steingut

ca. 15000

Speise-Teller

weiß und blau Zwiebelmuster, glatt und gerippt, tief und flach

95. 75. 50. 35.

Etwa
10000

Gemüseschüsseln im Satz
weiß und bunt
glatt u. gerippt Satz 6.50 4.75 4.25 3.45

Weiter sehr preiswert:

Suppen-Terrinen : Sauciéren : Bratenplatten : Kartoffelschalen
Kaffeetassen, Milchtöpfe, Zuckerschalen
Waschbecken, Wasserflaschen, Nachtgeschirre, Seife- u. Bürstenschalen
Wasch-Service : Tonnen-Garnituren

Vorteilhaft kaufen Sie bei uns.

HOLSTENHAUS

Holstenstraße 25/35

Lübeck

Tapezierer Lübecks.

Sonnabend, den 29. März:

Gr. Ball in Central-Hallen.

Anfang 6 Uhr. Herren 1.50 Mk., Damen 1.- Mk.

Gewerkschaftshaus, 28. Mär., abends 7½ Uhr.
Gente! Trude Steinhagen-Lieder. (11225)

Preis-Skat
am Sonnabend, dem 29. März,
11251 abends 7.30
Eltert, Untertrabe 39.

Gambrinus-Halle

Partengasse 43.

Sonntag, den 30. März:

Gr. Preis-Skat.

Anfang 7 Uhr präz.

11243 E. Grevesmühl.

Photographische Bedarfsartikel

für die Frühjahrs- und Sommerzeit.

Bekannte gute Fabrikate
zu billigsten Preisen —

Eine Dunkelkammer steht unserer
geehrten Kundschaft zur Benutzung
jederzeit zur Verfügung, auch
übernehmen wir das Entwickeln
von Platten usw.

RUDOLPH KARSTADT.

Gr. Preis-Skat
am Sonnabend, d. 29. März
abends 7½ Uhr
in Brügmanns Restaurant,
11250 Warendorferstr. 2.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung
der
Elektriker
am Sonnabend, dem 29. März
abends 8 Uhr
im Holsteinischen Haus,
Marlesgrube 22.
Tagesordnung:
Bericht der Kommission über
die Verhandlungen mit den
Unternehmern.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen
in dieser Versammlung zu
teilnehmen.
(11254) Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
der
Straßenbahner
am Sonnabend, dem 29. März
abends 9½ Uhr
im Lokale des Herrn Lender,
Hundestr. 41 (Schwarze Böhle),

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Kündigung
des Volontariates.
2. Verschiedenes.
Dringendes Erscheinen notwendig.
Verbandsüblicher Imitationen.
(11259) Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 30. März:
Große Tanz-Mus.
11258 Stütke, Steinfeld.

Beckerkrug

Beckergrube 57, Bes. H. Möller.
(11257) Ländlich
Instrumental-Konzertverträge

HANSA THEATER

Sonnabend, abends 7 Uhr.
Neu einstudiert.

Hanni geht tanzen.
Operette von Edmund Eysler.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Rotkäppchen.
Abends 7 Uhr: (11257)
„Hanni geht tanzen“.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

11245
Freitag, den 28. März:
22. Vorstellung im Freitag-Ab.

Ilsebill.

Das Märlein von dem Fischer
und seiner Frau.

Sonnabend, den 29. März:
Der Bettelstudent.

Sonntag, den 30. März:
Nachmittags 2½ Uhr:
Kleine Preise.

Alt-Heidelberg.

Abends 7 Uhr:
Figaro's Hochzeit.
Dienstag, den 1. April:
Struensee.

Aus den Novembertagen.

Einige neue Dokumente aus der Zeit des großen Umwälzungs in Deutschland sind zutage gefördert worden. Die Regierung hat den Brief Hindenburgs vom 3. Oktober 1918 bekanntgegeben und die monarchistische "Deutsche Zeitung" glaubt ihrer Sache zu nützen, indem sie einige Schreiben des Kaisers und des Kronprinzen aus den Tagen der Abdankung ans Licht zieht. Das Gesamturteil über die Vorgänge jener erlahmt durch die Veröffentlichungen eine Festigung, keine Anerkennung.

Hindenburgs Brief atmet denselben Geist der Verzweiflung und Niedergeschlagenheit wie die Telegramme Ludendorffs. Man braucht auf Einzelheiten nicht einzugehen, das ganze Schreiben ist auf einen Ton gestimmt, der es jeder vernünftlichen Regierung zur Pflicht machen müsste, auf dem bestrittenen Wege der Verhandlungen fortzufahren. Hindenburgs Brief, der mehr als einen Monat vor dem Ausbruch der Revolution geschrieben wurde, ist ein neuer Gegenbeweis gegen die agrarische reaktionäre Behauptung, daß erst die Revolution die Niederlage Deutschlands herbeiführt habe. Schon am 3. Oktober hat Hindenburg bestätigt, daß "nach menschlichem Ermessens" keine Aussicht mehr auf Sieg sei. Und er hat auch nicht, wie das jetzt verucht wird, den Grund der Niederlage auf eine innere moralische Zerrüttung des Heeres durch revolutionäre Wahlarbeit zurückgeführt, sondern offen bekannt, daß der Zusammenbruch der madonnen Front, die Riesenverluste der letzten Kämpfe, der Mangel an eigenen Kräften außerhalb dem ständigen Zustrom an frischen Kräften zu Feindesseite die Lage aussichtslos gestalte. Mit diesem Briefe Hindenburgs fallen alle gegenrevolutionären Hezereien ins Wasser.

Die Briefe Wilhelms und des Kronprinzen sollten der aldeutschen Presse den Vorwand zu Rücks- und Entlastungsberichten geben. Man wollte darlegen, daß der Kaiser am 9. November betrogen worden sei und daß die Verhältnisse ohne deren Zustimmung erfolgte. Ist der Kaiser am 9. November betrogen worden, so muß die konervative Presse schon sofortig sein, und ihren Abgott Hindenburg als den Betrüger bezeichnen. Denn der Kaiser beruft sich ausdrücklich auf das Urteil und den Ratschluß seines Feldmarschalls. Was aber die Veröffentlichung des Rücktritts von Kaiser und Kronprinz durch den damaligen Reichskanzler Max v. Baden anbelangt, so gibt sie zu Entlastung und Zeitergeschrei nicht den gerinnsten Anlaß. Sie zeigt nur, daß der Badener Prinz doch etwas mehr Verständnis von der politischen Lage hat, als Hohenzollern Vater und Sohn zusammengekommen. Wenn die am 9. November immer noch nicht erkannt hatten, daß ihr Rücktritt unvermeidlich geworden war, so hatten sie nur Ursache, dem dankbar zu sein, der für sie handelte. Weder dem Kaiser noch dem deutschen Volke hätte eine Hinausschiebung seiner Abdankungserklärung etwas genützt. Geradezu kindlich wäre es, zu glauben, daß der Sturz Hohenzollerns ohne den Schritt des Prinzen Max unterblieben wäre.

Der Verlust, gleichlich, den der Kronprinz zur Rechtfertigung seiner Politik unternimmt, ist vollständig vereitelt. Seine Demonstration im Reichstag, als Herr v. Hennebrand gegen Behmanns Friedenspolitik loszog, zugunsten des aldeutschen Junkers schlägt alles nieder, was er jetzt zu seinen Gunsten anführt.

Sozialisierung in Sachsen.

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Genossen Dr. Freudenthal fand am "Fahrtage" im Dresdner Ständehaus eine Konferenz von Parlamentariern und Volkswirten statt, in der über die Volkssozialisierungspläne der Genossen Dr. Neurath, Schumann und Krauß verhandelt wurde. Auf Einladung der sächsischen Regierung nahmen die Genossen Eunow und Hueber an der Beratung teil; Genosse Hilferding war auch geladen, aber am Erscheinen verhindert. Dr. Neurath (Leipziger Handelskammersekretär und Privatdozent) begründete mit seinem

Freunde Dr. Schumann seine Sozialisierungsvorschläge. Sie laufen zunächst in der Hauptrichtung auf die Schaffung eines ländlichen Zentralwirtschaftsamts hinaus, das eine umfassende Statistik über die heimischen Produktionskräfte und die Lebenslage der ländlichen Bevölkerung aufnehmen soll. Auf Grund dieser Erhebungen soll ein sozialistischer Gesamtwirtschaftsplan für Sachsen aufgestellt und die Volkssozialisierung der ländlichen Volkswirtschaft durchgeführt werden. Nicht weniger als 21 Gemeinden sollen bis zur sozialistischen Verwaltung des Gastrichtgewerbes, solfern der Volkssozialisierung dienen. Im Sinne der Neurath'schen Pläne hat sich bekanntlich auch die bayerische Zentralkommission der Arbeiter- und Bauernräte ausgesprochen. Neurath und Schumann erklärten, zu dem zentralen Willen der Reichsregierung, zu sozialisieren, hätten sie kein festes Vertrauen, deshalb schlugen sie vor, Sachsen den weigierenden Vorstoß zu machen. Abg. Fleißner (U. S. P.) schloß sich im allgemeinen den Referenten an, sagte aber auch, die Sozialisierung dürfe nicht in Experimentieren aus. Genosse Eunow sprach sich für die Neurath'schen Vorstellungen aus, soweit sie die Aufmachung einer umfassenden Sozialstatistik und die Aufstellung eines Gesamtwirtschaftsplanes anlangen. Ohne diese Unterlagen würde man experimentieren und dem Sozialismus schweren Schaden zufügen können. Die Neurath-Schumann'schen Vorschläge seien im übrigen stark idealistisch, sie berücksichtigen also wenig die starke Abhängigkeit Sachsen von der Einführung an industriellen Rohstoffen und an Lebensmitteln. Selbst wenn Sachsen als "geschlossener Handelsstaat" sein Auskommen finden könnte, auch dann sei eine partikulare Sozialisierung keine Volkswirtschaft sein ideales Ziel. Genosse Hueber warnte ausdrücklich vor einer Übertragung des Partikularismus, dieses deutschen Erbhabs, auch auf das wirtschaftliche Gebiet Sachsen sei viel zu abhängig von den angrenzenden deutschen Großstädten und dem eigentlichen Auslande, als daß es sich separate Volkssozialisierung durchführen könne. Auch wenn es sich mit Bayern über den Austausch von Lebensmitteln gegen Industriewaren verständige, bliebe doch die Tatsache, daß Sachsen ohne Rohstoffzufuhr aus Preußen und über alles aus dem fernen Auslande keine industrielle Tätigkeit von eigener Bedeutung entfalten könne. Die Durcharbeitung einer gründlichen Sozialstatistik sei natürlich erwünscht, auch die daraus basierte Aufstellung eines Gesamtwirtschaftsplanes. Das aber nehme allein Monate in Anspruch (Neurath selbst rechnet mit 8 bis 8 Monaten bis zur Fertigstellung einer zunächst rohen Sozialstatistik), und dann erst komme der Entwurf des Wirtschaftsplans, hierauf erst die Annahme der ersten Sozialisierungsgesetze. Damit sei natürlich den Leuten, die eine "sofortige Sozialisierung aller Unternehmen" forderten, nicht gedient. Das Reichsgebet, die Sozialisierung sei aber nicht nur schon der praktischen Sozialisierung nähergetreten als die Neurath'schen Pläne, sondern es lasse auch den Gliedstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden reichlich Spielraum für die Sozialisierungspraxis. Angeknüpft dieses Gesetzes und der wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands müsse dringend vor partikularistischen Sozialisierungsaktionen gewarnt werden. Sozialisierung sei eine Sache des ganzen Volkes, nur in diesem Rahmen könne vorgegangen werden. Wie wies nach, daß das österreichische Sozialisierungsgesetz nicht weiter gebe als unter Reichsgebet, sondern hinter diesem zurückstehe. Dr. Neurath hob hervor mit starker Betonung hervor, daß er an keinen partikularistischen Sozialismus denke, er wolle sich nicht gegen das von der Nationalversammlung angenommen Sozialisierungsgesetz wenden. Aber, von Sachsen aus, wo eine sozialistische Volksmehrheit steht, müsse ein Druck für die Sozialisierung unserer Gesamtwirtschaft ausgehen. Arbeitsminister Schwarz erläuterte an Beispiele die wirtschaftliche Lage in Sachsen, die uns nötige, die iranische Praxis zu berücksichtigen, wenn der Sozialisierungswiderstand sich siegreich durchsetzen sollte. Ministerpräsident Genosse Gräßnauer saßte sich in seinem Schlafbett dahin zusammen, das die Aussprache erneut und lehrreich gewirkt habe. Er wünsche, daß auch in der Agitation "draußen" die Sachlichkeit mehr als bisher gewahrt werde, damit der Zusammenschluß aller sozialistischen Kräfte kein weiteres Hindernis bereitet werde. Die sozialistische Regierung werde alles tun, um die Verwirklichung des Sozialismus tatkräftig zu fördern.

Das Agrarprogramm eines sozialdemokratischen Ministers.

Zu Beginn der Donnerstag-Sitzung der Preußischen Landesversammlung war eine formelle Anfrage, die verstärkten Schutz gegen räuberische Überfälle auf dem Lande forderte, ein bezeichnendes Schlaglicht auf die gegenwärtigen Zu-

stände. Die Regierung hat selbstverständlich die Pflicht, die Landwirte vor spätesten Überfällen zu schützen, aber es fragt sich, ob das von den Interessenten vorzubringende Material einer ernsten Prüfung standhält und ob die Selbsthilfekontingenzen hungernder Großstädter nicht durch das Verhalten der mit ihren Stahlzämmern zurückhaltenden Landwirte direkt provoziert werden sind. Daß dies sehr wohl möglich ist, beweist die Einführungssrede des Landwirtschaftsministers Genossen Bräuer, der sich sehr gegen die politischen Kundgebungen der hochfeudalen Landwirtschaftskammer wandte. Darauf entwidete er sein Programm. Er gab zu, daß für die Landwirtschaft zurück die Verhältnisse sehr ungünstig liegen; nach 4 Jahren Kriegsjahren würde sie aber wohl auch über die jetzige Stelle, die durch die Streiks in den Kohlenbergwerken und den Stahlwerken mit verschuldet sei, hinwegkommen können. Dabei postulierte er sehr glücklich gegen die Unabhängigen, deren frivoles Wort: „es werde noch lange nicht genug gestreikt“ nichts anderes bedeute, als: „es werde noch nicht genug gehungrigt!“ Sein Hauptanliegen war will der Minister auf die Lösung der ländlichen Arbeiterfrage richten. Er stellte den Grundfaß dar, daß auch die landwirtschaftliche Arbeit zur Qualitätsarbeit erhoben werden müsste. Gelinge es dem Minister, die großagrarischen Widerstände zu überwinden, dann wird auch die innere Kolonisation endlich zur Tat werden. An der Unterstützung unserer Fraktion im Landtag wird es ihm dabei nicht fehlen.

Mit dem Volkspartei von Richter, der durchaus kardinalische Töne anschlägt, gefolgte die erste Rednergarde in der Aussprache über das Regierungsprogramm zum Abschluß. Unter den folgenden Parteidien rief eine ruhig gehaltene und darum ja vielleicht mehr Rede des Genossen Schlegel heraus, der sich besonders gegen den wahnsinnigen Sehnsuchtsreden des Herrn von Kardorff — der einst in den Tagen des Wahlrechtskampfes bessere Tage gelebt hat — nach einem starken Heere wandte, wodurch dem übermüdeten Sieger nur Weisheit auf keine Annexionsmühen geliefert wurde. Frei eindrucksvoll war seine Darlegung des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Religion. Noch einmal forderte er von der Regierung energische Demokratisierung der Verwaltung, vom Gemeindenvorsteher bis zum in den Wahlen des Autoritätsrausches ragenden Oberpräsidenten. Der Deutschnationale Herzog zielte den ungünstigen, provokatorischen Eindruck der Kardorffschen Rede abzuschwächen und wies ebenso wie der deutsche Volkspartei alle gegenrevolutionären Tendenzen der Rechten — dies Kind, kein Engel ist so rein — weit von sich. Dann unternahm er noch einmal den von vornherein zum Scheitern verurteilten Versuch, die Revolution als überflüssig hinzustellen. Ihm antwortete nochmal Ministerpräsident Hartwig, der nochmals ein Bekennnis zur Demokratie ablegte. Finanzminister Dr. Südekum schlug gegenüber den schönfarbigen Worten des Deutschnationalen das Schulbuch der früheren Finanzverwaltung auf. So war die heutige Sitzung ein schwanger Tag für die rechte Seite des Hauses, die den Sturm der Anklagen stellvertretend betreten über sich hingehen ließ.

Auch von Weimar klang es der Rechten nicht gerade sanft in die Ohren. Dort erklärte Genosse Heinrich Schulz bei der Begründung des Reichsnotstands, daß, wenn die Rechte ein Tänzchen wagen solle, sie die Sozialdemokratie bereit finden werde.

Aus der Nationalversammlung.

Gegen die Preispolitik des Kohlensyndikats.

In der Nationalversammlung in Weimar hat unter Genosse Erwin folgende kleine Anfrage eingebracht: Ist dem Reichswirtschaftsministerium bekannt, daß das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat eine starke Erhöhung der Kohlenpreise vorgenommen beabsichtigt? Was gedenkt das Reichswirtschaftsministerium zu tun, um die drohende Preiserhöhung in angemessenen Grenzen zu halten?

Der Wirtschaftsausschuß

der Nationalversammlung nahm am Donnerstag einen Antrag an, wonach die Reichsregierung erachtet wird, durch das Reichswirtschaftsamt oder die Reichsstelle für Textilwirtschaft eine neue Verordnung zu erlassen, die im wesentlichen die Vorläufigen der Bekanntmachung vom 25. Februar 1918 wieder herstellt. Diese am 6. Januar 1919 aufgehobene Verordnung des Bundesrats betraf das Verbot einer besonderen Belohnung des Verkaufes von Web-, Wirk- und Strickwaren. Die Verordnung verbot insbesondere die Aufwidrigung und Abhaltung von Ausverkäufen, Weissen Wochen, Reisetagen usw., sowie die Ankündigung von Verkäufen zu herabgezogenen Preisen oder Inventur-

Aber der Angorakater war das Kleintod seiner Herrin; er war ihr Geselle und das einzige, was ihr Sohn, der Matrose, ihr nachgelassen, nachdem er hier an der Küste seinen jähren Tod gefunden hatte, da er im Sturm seiner Mutter beim Vorrennen hatte helfen wollen. Haute mochte kaum hundert Schritte weiter getan haben, während er mit einem Tuch das Blut aus seinen Wunden aussaugte, als schon vor der Kate her ihm ein Gehens und Zetern in die Ohren gelangte. Da wandte er sich und sah davon das alte Weib am Boden liegen; das greise Haar flog ihr im Winde um das tote Kopftuch: „Tot!“ rief sie, „tot!“ und erhob drünn ihren magerten Arm gegen ihn: „Du sollst verschlafen! Du hast ihn totgeschlagen, du nichtsuziger Strandläufer! du wart nicht wert, ihn seinen Schwanz zu bürsten!“ Sie warf sich über das Tier und wischte zärtlich mit ihrer Schürze ihm das Blut fort, das noch aus Nas' und Schnauze rann; dann hob sie aufs neue an zu zetern.

„Bist du bald fertig?“ rief Hartleb ihr zu, „dann sag dir sagen: ich will dir einen Kater schaffen, der mit Maus- und Rattenblut aufzieden ist!“

Darauf ging er, schweigend auf nichts mehr achtend, hinaus.

Aber die tote Kater muschte ihm doch im Kopfe Witzal machen;

denn er ging, als er zu den Häusern gekommen war, dem seines Vaters und auch den übrigen vorbei und eine weite Strecke noch nach Süden auf dem Deich der Stadt zu.

In mittlerst wanderte auch Trini Jans auf demselben in der gleichen Richtung; sie trug in einem alten blaumarmierten Kissenüberzug eine Tasche in ihren Armen, die sie sorgam, als wäre's ein Kind, umklammerte; ihr greises Haar flatterte in dem leichten Frühlingswind. „Was schleppst Sie da, Trini?“ fragte ein Bauer, der ihr entgegentam. „Mehr, als dein Haus und Hof!“ erwiderte die Alte; dann ging sie eifrig weiter. Als sie dem unten liegenden Hause des alten Haies nahe kam, ging sie den Alt, wie man bei uns die Treppe und Aufzwege nennt, die schräg in der Seite des Deiches hinab- oder hinaufführten, zu den Häusern hinunter.

Der alte Tede Haien stand eben vor der Tür und sah ins Wetter: „Na, Trini!“ lagte er, als sie pustend vor ihm stand und ihren Kästchen in die Erde bohrte, „was bringt Sie Neues in Ihrem Sack?“

„Erst läßt mich in die Stube, Tede Haien! dann soll Er's sehen!“ und ihre Augen sahen ihn mit seltsamem Funkeln an.

„So komm Sie!“ sagte der Alte. Was gingen ihm die Augen des dummen Weibes an.

Und als beide eingetreten waren, fuhr sie fort: „Bring Er den alten Zahnschädel und das Schreibzeug von dem Tisch — Was hat Er denn immer zu schreiben? — So; und nun wisch Er ihn sauber ab!“

Und der Alte, der fast neugierig wurde, tat alles, was sie sagte; dann nahm sie den blauen Überzug bei beiden Zinseln und schüttete daraus den großen Katerleichenkopf auf den Tisch. „Da hat Er ihn!“ rief sie; „Sein Haue hat ihn totgeschlagen.“ Hierauf aber begann sie ein bitterliches Weinen; sie streichelte das dicke Fell des toten Tieres, legte ihm die Taten zusammen, weigte ihre lange Haare über dessen Kopf und räumte ihm unverstüdtige Zärtlichkeiten in die Ohren.

Tede Haien lobte dem zu. „So,“ sagte er, „Haue hat ihn totgeschlagen!“ Er wußte nicht, was er mit dem heulenden Weibe machen sollte.

Die Alte nickte ihm grimmig an: „Ja, ja; so Gott, das hat er gerad!“ und sie wischte sich mit ihrer von Gicht verkrümmbten Hand das Wasser aus den Augen. „Kein Kind, kein Lebendes mehr!“ liegerte sie. „Und Er weiß es ja auch wohl, uns Alten, wenn's nach Allerheiligen kommt, frieren abends im Bett die Beine, und statt zu schlafen, hören wir den Nordwest an unsern Fensterläden rappeln. Ich hör's nicht gern, Tede Haien, er kommt daher, wo mein Junge mit im Schlaf verant.“

Tede Haien nickte, und die Alte streichelte das Fell ihres toten Katers: „Der aber,“ begann sie wieder, „wenn ich Winters am Spinnrad sit, dann sitz er bei mir und spann auch und sitz mich an mit seinen grünen Augen. Und froh ist ich, wenn's mir salt wurde, in mein Bett — es dauerte nicht lang, so sprang er zu mir und legte sich auf meine frierenden Beine, und wir schließen so warm zusammen, als hätte ich noch meinen jungen Schatz im Bett!“ Die Alte, die sich bei dieser Erinnerung nach Atem schnappte, sah den neben ihr am Tische stehenden Alten mit ihren funkelnden Augen an.

Tede Haien aber sagte bedächtig: „Ich weiß Ihr einen Rat, Trini Jans,“ und er ging nach seiner Schatzkiste und nahm eine Silbermünze aus der Schatzkiste — Sie sagt, daß Haue Ihr das Tier vom Leben gebracht hat, und ich weiß, Sie lügt nicht; aber hier ist ein Krontaler von Christian dem Krieger; damit kauf Sie sich ein gegerbtes Lammfell für Ihre kalten Beine! Und wenn unsre Käte nächstens Junges wirft, so mag Sie sich das größte davon ausuchen; das zusammen tut wohl einen altersschwachen Angorakater! Und nun nehm Sie das Vieh und bring Sie es meinethalb an den Kater in der Stadt, und halt Sie das Maul, daß es hier auf meinem ehlichen Tisch gelegen hat!“

Während dieser Rede hatte das Weib schon nach dem Teller geöffnet und ihn in einer kleinen Tasche geborgen, die sie unter ihren Röcken trug; dann stopfte sie den Kater wieder in das Bettbür, wischte mit ihrer Schürze die Blutsklecksen von dem Tisch und stakte zur Tür hinaus. „Verlass Er mit mir den jungen Kater nicht!“ rief sie noch zurück.

Gefolgen folgt.

Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

4. Fortsetzung.

Aber aber war's einmal im Frühjahr, und Haute lag nach seiner Gewohnheit oft draußen am Deich, schon weiter unten dem Wasser zu, zwischen Stranddünen und dem düstenden Seewurm, und ließ sich von der schon kräftigen Sonne beschienen. Er hatte sich tags zuvor auf der Geest die Taschen voll von Kieseln gefüllt, und als in der Ebbezeit die Watten bloßgelegt waren, und die kleinen grauen Strandläufer schreiend darüber hinzuhuschten, holte er jährlings einen Stein hervor und warf ihn nach den Vögeln. Er hatte das von Kindesbeinen an geübt, und meistens blieb einer auf dem Schlosse liegen; aber ebenso oft war er dort auch nicht zu holen; Haute hatte schon daran gedacht, den Kater mitzunehmen und als apportierenden Jagdhund zu dressieren. Aber es gab auch hier und dort feste Stellen oder Sandlager; solchenfalls ließ er hinaus und holte sich seine Beute selbst. Saß der Kater bei seiner Rückkehr noch vor der Haustür, dann schrie das Tier vor nicht zu bergender Raubgier so lange, bis Haute ihm einen der erbeuteten Vögeln zwang.

Als er heute, keine Sätze auf der Schulter, heimging, trug er nur einen ihm noch unbekannten, aber wie mit bunter Seide und Metall gefiederten Vogel mit nach Haute, und der Kater mauzte wie gewöhnlich, als er ihn kommen sah. Aber Haute wollte seine Beweise — es mag ein Eisvogel gewesen sein — diesmal nicht mehr geben und lehnte sich nicht an die Gier des Tieres. „Umschicht!“ rief er ihm zu, „heute mir, morgen dir; das hier ist kein Katerfreien!“ Aber der Kater kam vorsichtigen Schritten heran: Haute stand und sah ihn an, der Vogel hing an seiner Hand, und der Kater blieb mit erhobener Faust stehen. Doch der Bursche schien keinen Käsenfreund noch nicht so ganz zu kennen; denn während er ihm seinen Käsen zugewandt hatte und eben fürsich wollte, fühlte er mit einem Ruck die Jagdbeute ihm entzissen, und zugleich schlug eine scharfe Krallse ihm ins Fleisch. Ein Grimm, wie gleichfalls eines Raubtieres, flog dem jungen Menschen ins Blut; er griff wie rasend um sich und hatte den Käfer schon am Genick gepackt. Mit der Faust hielt er das mächtige Tier empor und würgte es, daß die Augen ihm aus den rauhen Haaren vorquollen, nicht achtend, daß die starken Hinterläufe ihn den Arm zerfleischen. „Hoiho!“ schrie er und packte ihn noch fester; „wollen sehen, wer's von uns beiden am längsten aushält!“

Zählig fielen die Hinterbeine der großen Käfer schlaff herunter, und Haute ging ein paar Schritte zurück und warf sie gegen die Käse der Alten. Da sie sich nicht rührte wandte er sich und legte seinen Weg nach Haute fort.

